

Kurzfristig keine höhere Umschichtung - AMK fordert Klarheit für Übergang

Gegen eine höhere Umschichtung von Mitteln aus der Ersten in die Zweite Säule noch in dieser Förderperiode hat sich die Agrarministerkonferenz (AMK) ausgesprochen. Bei ihrem Frühjahrstreffen in Landau bekräftigten die Ressortchefs ihren Beschluss vom November 2013. Damals war man übereingekommen, 4,5 % der Direktzahlungen umzuschichten. Allerdings bedeute die Bestätigung dieses Prozentsatzes keine Vorfestlegung für die kommende EU-Förderperiode. Die Bundesregierung muss laut AMK darauf hinwirken, dass auf EU-Ebene schnellstmöglich inhaltlich und finanziell Klarheit über die Ausgestaltung der sich abzeichnenden Übergangszeit zur neuen Förderperiode geschaffen wird.

Länderberichte 36

EU-Agrarpolitiker für separate Finanzierung der Krisenreserve

Die Europaabgeordneten im Landwirtschaftsausschuss haben sich für eine separate Finanzierung der Krisenreserve ausgesprochen. Nach ihrem Willen soll nach 2020 eine jährliche Reserve von 400 Mio Euro außerhalb des Budgets der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) finanziert werden. Zudem schlagen sie vor, gegebenenfalls ungenutzte Mittel in der Reserve zu belassen, bis diese maximal 1,5 Mrd Euro umfasst. Ferner plädiert der Ausschuss dafür, dass die Strafen bei wiederholten Verstößen der Landwirte gegen Auflagen verschärft werden. Dann sollten die Zahlungen aus Brüssel um 10 % statt bisher 5 % reduziert werden. Bei vorsätzlichen Verstößen soll die Kürzung weiterhin 15 % betragen.

EU-Nachrichten 1

Nutzierstrategie: Borchert will ökonomische Tragfähigkeit für die Erzeuger sichern

Konkrete Vorschläge zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Nutztierstrategie des Bundeslandwirtschaftsministeriums will der Vorsitzende des Kompetenznetzwerks für Nutztierhaltung, Jochen Borchert, vorlegen. „Die zentrale Herausforderung für eine Nutztierstrategie besteht darin, die notwendigen Mittel für Fortschritte beim Tierwohl und Umweltschutz in der Nutztierhaltung dauerhaft aufzubringen“, sagt der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister im Interview mit AGRA-EUROPE. Es gehe darum, die ökonomische Tragfähigkeit für die Erzeuger zu sichern. Borchert will die unterschiedlichen Interessen der Vertreter in dem neu geschaffenen Gremium zum Ausgleich bringen.

Länderberichte 1

Leichte Entspannung im Düngestreit

In die Auseinandersetzung um die von der EU-Kommission geforderte Verschärfung der Düngeverordnung scheint ein wenig der Druck aus dem Kessel genommen zu sein. Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens vom Bundeslandwirtschaftsministerium zeigte sich nach einem Treffen mit Vertretern der Generaldirektion (GD) Umwelt in Brüssel zufrieden. Man sei in ernsthaften und konstruktiven Gesprächen mit der Kommission, sagte Aeikens nach der mehrstündigen Unterredung, die er und sein Amtskollege aus dem Umweltressort, Jochen Flasbarth, mit dem Generaldirektor der GD Umwelt, dem Spanier Daniel Calleja Crespo, geführt haben. Zu inhaltlichen Details wollte sich Aeikens nicht äußern, kündigte aber an, dass man den Austausch fortführen werde. Dazu passt die Information aus Brüssel, dass die EU-Kommission der Bundesregierung bislang keine zeitliche Frist gesetzt hat, bis wann diese Vorschläge zur Änderung der Düngeverordnung präsentieren muss. Hierzu gebe es noch keine Entscheidung, so ein Kommissionsprecher gegenüber AGRA-EUROPE. Man arbeite derzeit intensiv daran, eine „rasche Einhaltung“ des vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) ergangenen Urteils sicherzustellen „und eine weitere Verweisung an den Gerichtshof zu vermeiden“. Ziel sei es, die ordnungsgemäße Umsetzung der Nitratrichtlinie zu gewährleisten. Derweil bekräftigten die Länder auf der Agrarministerkonferenz in Landau ihre Forderung nach praxistauglichen Düngeregeln. „Wir brauchen Regelungen, die sowohl die Zustimmung in Brüssel finden, als auch von den Bundesländern mitgetragen werden“, hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner nach dem von ihr initiierten „Dünge-Gipfel“ zu Wochenbeginn in Berlin betont.

Länderberichte 40